

Wolfgang Kastrup | Helmut Kellershohn (Hg.)

Der Krieg in der Ukraine

Weltordnungskrieg und »Zeitenwende«



Edition des Duisburger Instituts für Sprach- und
Sozialforschung im *UNRAST*Verlag, Münster



Einleitung der Herausgeber

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf dem Territorium der Ukraine. Für die Politik und die massenmediale Öffentlichkeit steht damit fest: Der Täter ist Russland, das Opfer die Ukraine. Insbesondere die Bezeichnung Angriffskrieg weckt eindeutige Assoziationen, wer in diesem Krieg das Gute und wer das Böse verkörpert. Die entsprechenden Narrative bestimmen das Denken und Sprechen, und wer sie nicht teilt, macht sich verdächtig, Russlands Position einzunehmen und seine Kriegsverbrechen zu rechtfertigen.

Im vorliegenden Buch wollen wir uns diesem Muster entziehen und fragen stattdessen nach Erklärungen für diesen Krieg, nach Gründen für den Angriffskrieg, nach der Vorgeschichte des Krieges, aber auch nach geopolitischen Tendenzen, die über den Krieg hinausweisen. Wir wollen untersuchen, welche Rolle die drei beteiligten Kriegsparteien einnehmen: Russland als Angreifer mit dem Überfall auf die Ukraine, die Ukraine, die um ihre nationale Souveränität ringt und deren militärische Macht auf der des Westens beruht, und drittens die NATO mit der Führungsmacht USA, die an erster Stelle die Ukraine militärisch, politisch, ökonomisch und humanitär unterstützen und die Chance sehen, ihre weltpolitische Rolle im Sinne eines »Supermachtmonopols« (*Jürgen Link in diesem Buch*) auszubauen.

Offiziell wollen die westlichen Länder aus verständlichen Gründen keine Kriegsparteien sein, de facto sind sie es aber. Sie haben den Krieg zu ihrer Sache gemacht, weil sie den Anspruch Russlands, den Verlust des Sowjetimperiums ein Stück weit wieder rückgängig zu machen, nicht akzeptieren und die Gunst der Stunde nutzen wollen, um das Gebiet der EU und der NATO weiter auszudehnen. Insofern ist der Krieg nicht nur ein Kampf um die nationale Souveränität der Ukraine, sondern auch ein Weltordnungskrieg, in dem die Gewichte zwischen den indirekt oder direkt beteiligten Mächten (darunter auch Deutschland und die EU) neu verteilt werden (*s. dazu den Beitrag von Wolfgang Kastrup*).

Alle drei Kriegsparteien verfolgen eine Eskalation des Tötens oder nehmen sie in Kauf, die mit einem unendlichen Leid für die ukrainische Zivilbevölkerung und der Zerstörung und Verwüstung der Ukraine einhergeht. Mit dem Vorherrschen der Kriegslogik werden Forderungen nach diplomatischen Verhandlungen desavouiert und geraten in einen Rechtfertigungszwang. Dies zeigt sich vor allem auch in Deutschland, das in bedeutender Weise politisch, militärisch, ökonomisch und humanitär von diesem Krieg betroffen und intensiv involviert ist. Aufgrund der westlichen Sanktionen (»Wirtschaftskrieg«) gegen Russland musste besonders in Deutschland die gesamte Energieversorgung umgestellt werden, was zu einem mas-

siven Anstieg der Energiepreise geführt hat, den im Besonderen die Bevölkerung und die energieintensiven Unternehmen zu spüren bekommen und der als Nebeneffekt die Akzeptanz der Klimapolitik in der Bevölkerung schmälert.

Wenn wir wie viele andere von einem Weltordnungskrieg sprechen, muss sich der Blick weiten auf den vielschichtigen Konflikt zwischen China und den USA um eine unipolare oder multipolare Weltordnung. Deren Beziehungen mit Russland und Europa sind für die aktuellen geopolitischen Diskussionen und Frontstellungen von großer Relevanz. Eine neue Blockbildung der G7-Staaten gegenüber Russland und China zeichnet sich ab. Wobei China als politischer und ökonomischer Systemkonkurrent für die USA von besonderer Bedeutung und Herausforderung ist. Es muss geprüft werden, inwieweit der Krieg in der Ukraine als »Generalprobe« (*Uwe Hoering*) oder als »Katalysator« für eine drohende militärische Auseinandersetzung in der Asien-Pazifik-Region gesehen werden kann. Die immense Aufrüstung in diesem Raum steigert jedenfalls die Kriegsgefahr. Für die ökonomische Seite des Konflikts steht die Rede vom »Great Decoupling«, die eine wirtschaftliche Abkopplung der westlichen Länder von dem neuen Ostblock propagiert, in dem China die hegemoniale Rolle einnimmt. Moderater wird mittlerweile von einer De-Risking-Strategie gesprochen (z.B. von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen), mit der der Westen sich von China wirtschaftlich unabhängiger machen will, ohne den wirtschaftlichen Austausch insgesamt zu gefährden. Gleichwohl scheint auch dieses Konzept einen Wirtschaftskrieg gegen China unter Umständen in Kauf nehmen zu wollen. Angesichts der Bedeutung Chinas für die deutsche Wirtschaft versetzen die Ungewissheiten und Unwägbarkeiten der Lage die Unternehmen hierzulande in helle Aufregung (*s. dazu den Beitrag von Lene Kempe*).

Ein wichtiger Faktor in dieser drohenden Blockkonfrontation könnte der »Globale Süden« werden. Seine Rolle in der weltpolitischen Neuordnung war im transatlantischen Diskurs bislang eher unterbelichtet. Seine wachsende Bedeutung, politisch wie wirtschaftlich, und seine Positionierung könnten mit dazu beitragen, ob in Zukunft eine neue Blockkonfrontation sich herauskristallisiert oder eine gerechtere multipolare Weltordnung zumindest ansatzweise eine Chance hat (*s. dazu den Beitrag von Uwe Hoering*).

Ein weiterer Aspekt, der mit dem Krieg in der Ukraine im Zusammenhang gesehen werden muss, allerdings weitgehend medial bewusst nicht benannt wird, ist, dass dieser Krieg Anstrengungen zur Verhinderung einer Klimakatastrophe massiv in Frage stellt. Wie überhaupt Kriege und Militärmanöver, wobei letztere in zunehmender Anzahl nicht nur im Indopazifik stattfinden, in ihrer Klimabilanz extrem negativ sind. Weitere Beispiele sind der äußerst kostspielige Import von Fracking-Gas, in der Vergangenheit ein absolutes »no go« und klimapolitisch ebenso desaströs wie der Kohleimport aus Kolumbien. Ökologische und politische Werte

werden einer Nützlichkeitsbetrachtung untergeordnet, um sie dann wieder hervorzuholen, wenn sie als politische Waffen gegen unliebsame Länder ihren Einsatz und Nutzen finden.

Da in den politischen Debatten und weitgehend auch in der Medienlandschaft ein binärer Reduktionismus vorherrscht, der ein Denken im Modus von Gut und Böse befördert, wird es wichtig sein, den Raum des Sag- und Sichtbaren von seinen Tabuisierungen und Restrangierungen zu befreien (*s. dazu die Beiträge von Jürgen Link, Margret Jäger, Iris Tonks und Clemens Knobloch*). Dazu gehört auch die Forderung nach einem Waffenstillstand, die bisher mit Zuschreibungen wie »Lumpenpazifismus« diskreditiert wurde. Auf der Basis dieses binären Reduktionismus, der den Mediendiskurs bestimmt und begrenzt, werden Abweichungen von den vorherrschenden offiziellen Deutungsmustern auf die Feindseite platziert (»Putinversther«, »Unterwerfungspazifismus« oder »fünfte Kolonne Putins«), um diese dann zu isolieren und politisch zu desavouieren. Beispiele dafür sind die geduldeten Provokationen des ehemaligen ukrainischen Botschafters in Deutschland Melnyk, aber auch die sich aufschaukelnden Forderungskataloge nach immer mehr und effizienteren Waffenlieferungen an die Ukraine. Auch die vielen Debatten in Talkshows können für einen solchen Bellizismus herangezogen werden, wo die moralische Rechtfertigung der westlichen bzw. der deutschen Unterstützung für die Ukraine gegen das »Böse« in Gestalt Russlands und des Präsidenten Putin vorherrscht. Mit der vorherrschenden moralischen Bewertung des Ukrainekrieges wird mit der Fokussierung auf die Schuldfrage diese zugleich entschieden. Differenzierte und abweichende Positionen zum Krieg und zu den Waffenlieferungen werden oftmals mit Begriffen wie »Eskalationsphobie« und »Friedensmeute« belegt. Die von Bundeskanzler Scholz ausgerufene »Zeitenwende« verkörpert nicht nur eine militärische Aufrüstung, sondern auch eine diskursive.

Die fundamentale Ablehnung der Kriegslogik, pazifistisch motiviert und in der Tradition des Antimilitarismus stehend, wird der Naivität gescholten oder einfach belächelt. Es gibt die nicht-militärischen Widerstände auch in diesem Krieg, die darauf abzielen, den Krieg zu blockieren, zu sabotieren und zu desertieren. In Russland, in Belarus und auch in der Ukraine. Auch damit befasst sich ein Beitrag in diesem Buch; ein Thema, das so gar nicht in der Berichterstattung präsent ist. Die in Weißrussland präsente, breite Kriegsablehnung halten die Präsidenten Lukaschenko und Putin bisher davon ab, so die These *Guido Arnolds*, dass die belarussische Armee sich aktiv an der Seite von Russland an den Kampfhandlungen beteiligt.

Der abschließende Beitrag wendet sich einem speziellen Thema der deutschen Innenpolitik zu. Der neuerliche Aufschwung der AfD, ablesbar an den Umfrageergebnissen, hat zwar primär mit der aktuellen Migrationskrise zu tun, einen gewichtigen Anteil haben aber auch der Ukrainekrieg und die damit verbundene

Wahrnehmung der Energie- und Klimapolitik. Der Ukrainekrieg ist auch für die AfD und ihre »Vordenker« in der Neuen Rechten ein Weltordnungskrieg, in dem die geostrategischen Interessen der USA und Russlands aufeinanderstoßen und der zugleich als Signal für einen Umbruch zu einer multipolaren Weltordnung interpretiert wird. Trotz interner Streitigkeiten um den einzuschlagenden Pfad gilt ihre Hauptsorge der Rekonstruktion der Großmachtrolle Deutschlands in einem neuen »Europa der Nationen« als relevantem Akteur im Ringen um die neue Weltordnung (s. dazu den Beitrag von Helmut Kellershohn).

Zusammenfassung der Beiträge

1. *Jürgen Link* untersucht den Krieg in der Ukraine vor dem Hintergrund von drei miteinander verkoppelten Tendenzen: Die erste sieht er im Great Decoupling, d.h. in der wirtschaftlichen Abkopplung des Westblocks von einem neuen Ost-Block, in dem China die Hegemonie einnimmt. Daraus resultiert die zweite, nämlich das Bemühen der USA, ihr »Supermachtmonopol« militärisch und politisch zu festigen und auszuweiten, was im Widerspruch zu einer »multipluralen Weltordnung« stünde. Schließlich trägt der Krieg in der Ukraine – dritte Tendenz – massiv dazu bei, die Anstrengungen zur Verhinderung einer Klimakatastrophe zunichte zu machen. Angesichts dieses Tableaus stellt sich den derzeitigen Entscheidungsträger:innen in Politik, Militär und Wirtschaft das Problem, wie die ihm immanenten Krisenprozesse reguliert werden können. Die von Bundeskanzler Scholz ausgerufene »Zeitenwende« lässt, so Link weiter, zweifeln, ob in Zukunft das bislang dominante flexibel-normalistische Modell noch weiterexistieren kann oder ob der Wechsel zu einem »upgedateten« Protonormalismus bevorsteht. Festzuhalten ist, dass die Debatten um den Krieg in der Ukraine durchgängig binaristisch strukturiert sind. Aus diskurstaktischer Sicht ist es deshalb notwendig, sich aus diesem vom binären Reduktionismus tabuisierten Raum des Sag- und Sichtbaren zwischen den Polen zu befreien. Die Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand ist hier zentral. Je früher dieser erreicht wird, umso größere Chancen bestehen, ein Umkippen des flexiblen-normalistischen Regulationsregime in eine neue Spielart von Protonormalismus zu vermeiden.

2. Der Beitrag von *Wolfgang Kastrop* »Weltordnungskrieg in der Ukraine und der Hegemoniekampf zwischen USA und China« beschäftigt sich zunächst, bezüglich des Ukraine-Kriegs, mit der Zweischneidigkeit völkerrechtlicher Argumente, dann, im nächsten Schritt, mit der Rolle und den Interessen der drei beteiligten Kriegsparteien: Russland als Angreifer mit dem Überfall auf die Ukraine, der sogenannten »militärischen Spezialoperation«, der angegriffene Staat der Ukraine, dessen militärische Macht auf der des Westens beruht, hier besonders der der USA, aber

auch anderer NATO-Staaten, und drittens die westlichen Länder, d.h. die USA, die weiteren NATO-Länder und die EU, die militärisch, finanziell und politisch die Ukraine unterstützen und ohne deren Hilfe diese Staatsmacht keinen Krieg führen könnte und nicht überleben würde. Weitere Untersuchungsgegenstände sind zum einen der »Wirtschaftskrieg« des Westens gegen Russland, der auf die Zerstörung der ökonomischen Grundlagen und damit der russischen Staatsmacht zielt, aber auch so nicht geplante eigene Kosten für Unternehmen wie private Haushalte beinhaltet; zum anderen die dominant kriegerische Rhetorik in der hiesigen öffentlichen Meinung, die einem Überbietungswettbewerb bezüglich der Notwendigkeit von Waffenlieferungen ähnelt. Abschließend setzt sich der Beitrag, vor dem Hintergrund des Ukrainekrieges, mit dem zunehmenden Konflikt zwischen China und den USA um eine unipolare oder multipolare Weltordnung auseinander und untersucht die verschiedenen Aspekte einer sich anbahnenden »Systemkonkurrenz« und »Blockkonfrontation«.

3. Daran anschließend widmet sich der Beitrag von *Uwe Hoering* dem vielschichtigen Konflikt zwischen China und den USA im Beziehungsfeld zu Russland und Europa, der zunehmend die aktuellen geopolitischen Diskussionen und Frontstellungen bestimmt. Der Ukraine-Krieg fungiert dabei als eine »Generalprobe« für eine drohende militärische Konfrontation in der Asien-Pazifik-Region. Insbesondere im transatlantischen Diskurs wird dabei häufig, darauf fokussiert sich im Weiteren der Beitrag von Hoering, die Schlüsselstellung des »Globalen Südens« in dieser hegemonialen Neuordnung ausgeblendet. Doch von dessen Positionierung wird es abhängen, ob der Konflikt zu einer Wiederauflage einer bipolaren Blockkonfrontation wie im *Kalten Krieg* eskaliert oder ob die Kontrahenten ihre hegemonialen Ansprüche in eine neue, gleichberechtigtere oder gar gerechtere multipolare Weltordnung einordnen.

4. Der Beitrag *Lene Kempes* geht speziell auf die deutsch-chinesischen Beziehungen ein und hier primär auf die durch den Ukrainekrieg und die drohende Blockkonfrontation prekär gewordenen Wirtschaftsbeziehungen. Bekanntlich haben deutsche Unternehmen seit Jahrzehnten profitable Geschäfte in China gemacht. Spätestens seit dem Ausbruch des Krieges und der Annäherung der Volksrepublik an den Aggressor Russland stehen Unternehmen wie VW, BASF oder Siemens jedoch im Brennpunkt einer Debatte, die danach fragt, wieviel Abhängigkeit von China in Zeiten zunehmender Systemkonkurrenz noch vertretbar ist. Die Bundesregierung hat mit ihrer »China-Strategie« jüngst versucht, eine Antwort darauf zu finden. Die Betonung zunehmender politischer Distanz einerseits, die Forderung nach weiteren Marktöffnungen für deutsche Unternehmen in China andererseits sowie die Reorganisation von Lieferketten mit Fokus auf andere Weltregionen sind Ele-

mente eines Konzepts, mit dem intendiert wird, unterschiedliche Interessenlagen wirtschaftlicher und politischer Provenienz zu vereinbaren.

5. In einem pointiert geschriebenen Beitrag analysiert *Clemens Knobloch* den Umgang deutscher Medien mit dem russischen Krieg in der Ukraine und den dort vorherrschenden »binären Reduktionismus«. Er versteht die Prinzipien der Kriegspropaganda nach Anne Morelli als anschauliches Beispiel und vergleicht diese mit der Berichterstattung bzw. dem Diskurs in deutschen Medien. Der binäre Reduktionismus als Deutungsmuster bedient sich der Konstruktion eines »Tatsachen-Gerüsts«, welches den Diskurs bestimmt und begrenzt. Dazu gehört, dass Abweichungen von der offiziellen Deutungslinie den Abweichenden auf die Feindseite platzieren und zur mediopolitischen Isolation führen. Umgekehrt können die Hauptakteure der eigenen Seite den Diskurs bestimmen und die anvisierten Gegner dequalifizieren, als Beispiele nennt er die Provokationen Melnyks oder etwa den Debattenverlauf um die Zerstörung der Nord Stream-Pipelines. Deutungs- und Interessendifferenzen zwischen Deutschland, den USA und der Ukraine werden unterdrückt. Als einen weiteren Aspekt nennt Knobloch die nachträgliche Umschreibung der Geschichte, besonders in Bezug auf die NATO-Osterweiterung und die Zeit der Entspannung und Kooperation zwischen Deutschland und Russland. Die Eskalation von Waffenlieferungen an die Ukraine werde nach dem Prinzip des Standortwettbewerbs angetrieben, wenn etwa in der Debatte um Panzerlieferungen zu Beginn des Jahres 2023 auf das Vorbild anderer Staaten verwiesen wird und Deutschland im Rückstand oder isoliert sei. Knobloch vergleicht dann den heutigen Diskurs mit dem im Jahre 2014, in dem es deutlich differenziertere Positionen zu der Lage in der Ukraine gegeben habe. Abschließend analysiert Knobloch drei in den Medien neu geprägte Begriffe wie »Eskalationsphobie«, »Friedensmeute« und »Lumpenpazifismus«, die gegen »Abweichler« eingesetzt werden, und sog. Kontaminationsbegriffe, die im Diskurs genutzt werden, um diese »Abweichler« zu isolieren und zu stigmatisieren.

6. Auch der Beitrag von *Margarete Jäger* und *Iris Tonks* beschäftigt sich mit der Entwicklung des mediopolitischen Diskurses seit Beginn des Krieges in der Ukraine im Februar 2022 bis Juli 2023. Es wird herausgearbeitet, dass dieser durchgängig von einer binaristischen Struktur geprägt ist. Das Denken in Gut-Böse-Strukturen lässt keine Zwischentöne zu und führt im Resultat nicht nur zu einer militärischen, sondern darüber hinaus auch zu einer diskursiven Aufrüstung.

7. Auf einen weiteren wichtigen Aspekt des mediopolitischen Diskurses geht *Guido Arnold* in seinem Artikel ein. Seit der »Zeitenwende« in Deutschland wird sie vielfach belächelt und als »aus der Zeit gefallen« diskreditiert: eine fundamentale Ab-

lehnung (der Logik) des Krieges, ob pazifistisch motiviert oder aus einem (militanten) Antimilitarismus heraus. Eine grundsätzliche Kriegsopposition, die sich nicht einzwängen lässt zwischen einem >unbedingt siegen müssen< und >keinesfalls verlieren dürfen<, steht für die konsequente Zurückweisung einer nun entfesselten Militarisierung Europas.

Es gibt sie dennoch, die nicht-militärischen Widerstände, die darauf abzielen, Kriege zu blockieren, zu sabotieren und zu desertieren. Es gibt sie in Russland, in Belarus und auch in der Ukraine. In Belarus bestimmen sie sogar maßgeblich das Kriegsgeschehen – nicht, weil sie im Sinne eines Partisanenkampfes eine unüberwindbare, quasi-militärische Stärke entwickeln, sondern, weil sie manifeste Risse einer ohnehin angeschlagenen >Gefolgschaft< gegenüber dem Lukaschenko-Regime darstellen und eine brüchige >Heimatfront< glaubhaft zersetzen. Die in Weißrussland breit getragene Kriegsablehnung, so die These von Arnold, hält Putin und Lukaschenko (immer noch) von einer aktiven Beteiligung der belarussischen Armee an direkten Kampfhandlungen ab.

8. Einen Blick auf ein spezielles und brisantes innenpolitisches Thema wirft abschließend *Helmut Kellershohn*: Der Ukrainekrieg ist auch für die AfD ein Weltordnungskrieg, in dem die geostrategischen Interessen der USA und Russlands aufeinanderstoßen und der zugleich als Signal für einen Umbruch zu einer neuen multipolaren Ordnung interpretiert wird. Der Beitrag untersucht erstens das Spektrum der Positionierungen zum Ukrainekrieg innerhalb der AfD und der mit ihr eng verbundenen Neuen Rechten, die sich zunächst seit Beginn des Krieges um solche Fragen wie dessen Völkerrechtswidrigkeit, die Sanktionspolitik des Westens und die Waffenlieferungen drehten und dabei – unter dem Stichwort »Friedenspartei« und »Heißer Herbst« – die Massenwirksamkeit der hier mühsam errungenen und – im Zeitverlauf – immer wieder hinterfragten Kompromisse im Auge hatten. Verdichten lassen sich die Debatten zweitens zu zwei außenpolitischen Konzeptionen: Höckes Kriegsrede in Gera markiert mit ihrer »Ostorientierung« eine dezidiert prorussische Position und mit ihrem Rückgriff auf Carl Schmitts Großraum-Konzept eine klar gegen die USA und die NATO gerichtete Außen- und Sicherheitspolitik, während die *Junge Freiheit* (bzw. Dieter Stein) für eine konsequente Umsetzung der »Zeitenwende« im Rahmen des NATO-Bündnisses plädiert. Drittens zeigt das neue Europawahlprogramm der AfD eine fortschreitende »Höckerisierung« der Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch den Versuch einer Kompromissbildung. Im Kampf zweier Linien ist man sich einig, dass das »wahre Europa« (Höcke) auf der Wiedergeburt des »deutschen Riesen« (Stein) aufbauen sollte.